

# Intelligenz-Blatt

zur Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 93.

Samstag den 3. August

1844.

## Amtliche Verlautbarungen.

3. 1206. (1) Nr. 67421 VI.

### K u n d m a c h u n g

der Verpachtung des Bezuges der allgemeinen Verzehrungssteuer und der Gemeinde-Zuschläge in der k. k. Provinzial-Hauptstadt Laibach, so wie der Linien-, Weg- und Brückenmäthe und der Wassermäthe zu Laibach.

Von der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung zu Laibach wird bekannt gemacht, daß in Folge hohen Hofkammer-Decretes vom 19. Juni 1844, Nr. 24,306, der Bezug der allgemeinen Verzehrungssteuer und der Gemeindezuschläge in der Provinzial-Hauptstadt Laibach, mit Ausnahme der landesfürstlichen Verzehrungssteuer, a) von der Biererzeugung in der Provinzial-Hauptstadt Laibach; b) von der Erzeugung des Branntweins und anderer gebrannter geistiger Flüssigkeiten in der Provinzial-Hauptstadt Laibach, und c) von den unter b) bemerkten steuerpflichtigen Artikeln bei der Einfuhr in die Provinzial-Hauptstadt Laibach, — dann die Linienweg- und Brückenmäthe, und die Wassermäthe zu Laibach auf das Verwaltungsjahr 1845, und bedingnißweise auch auf die drei Verwaltungsjahre 1845, 1846 und 1847, unter Vorbehalt der wechselseitigen Vertrags-Aufkündigung, welche von Seite des Aeraars bis Ende Juli, und von Seite des Pächters bis fünfzehnten Juli des Verwaltungsjahres zu erfolgen, mit Ende des Verwaltungsjahres 1847 jedoch der Vertrag auch ohne vorhergegangene Aufkündigung zu erlöschen hat, im Wege der öffentlichen mündlichen Versteigerung und durch die Annahme schriftlicher Offerte in der Art werden in Pacht ausgebaut werden, daß bei dem Umstande, als die Laibacher Linienmäthe und die Wassermäthe nicht mehr, wie bisher, einen mit den vorbenannten Verzehrungssteuer-Objecten cumulativen Gegenstand eines und desselben Pachtvertrages, sondern getrennte Versteigerungs-Objecte zu bilden haben, sowohl für die allgemeine Verzehrungssteuer sammt Gemeindezuschlägen, als für die Weg-, Brückenmäthe und die Wassermäthe in Laibach allein Pachtanbo-

te werden angenommen werden, über deren Annahme sich die Staatsverwaltung die Entscheidung vorbehält. — Die Versteigerung wird am 26. August 1844 früh um 10 Uhr im Commissions-Zimmer der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung, Haus Nr. 297 am Schulplaze zu Laibach, unter nachfolgenden Bestimmungen abgehalten, und es werden, im Falle eines günstigen Erfolges, mit denjenigen die Verträge abgeschlossen werden, deren Anbote sich als die vortheilhaftesten darstellen werden. — 1. Die schriftlichen, mit den gehörigen Stämpeln versehenen Offerte müssen längstens bis 6 Uhr Nachmittags am 25. August 1844 versiegelt, und mit der Bezeichnung der Pachtobjecte, für welche sie lauten, von außen versehen, im Bureau des k. k. Cameral-Bezirks-Vorstehers zu Laibach übergeben werden; sie müssen den angebotenen Betrag in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken und sind von den Anbotstellern mit Vor- und Zunamen, dann Charakter und Wohnort des Ausstellers zu unterzeichnen. Parteien, die nicht schreiben können, haben das Offert mit ihrem Handzeichen zu unterfertigen, und dasselbe nebst dem von dem Namensfertiger und noch einem Zeugen unterfertigen zu lassen, deren Charakter und Wohnort ebenfalls anzugeben ist. — Offerte, welche nach diesem auf die sechste Nachmittagsstunde des 25. August 1844 festgesetzten Schlusstermine, und nicht vorschriftmäßig verfaßt einlangen, so wie Offerte, welche wo anders, als an dem oben bezeichneten Orte überreicht werden, bleiben außer Berücksichtigung. — 2. Zur Pachtung wird Jedermann zugelassen, welcher nach den Gesetzen und der Landesverfassung hiervon nicht ausgeschlossen ist. Für jeden Fall sind alle jene sowohl von der Uebnahme als der Fortsetzung einer solchen Pachtung ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechen mit einer Strafe belegt, oder welche in eine criminalgerichtliche Untersuchung verfallen sind, die bloß aus Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurde. Uebrigens sind auch diejenigen Individuen, welche zufolge des neuen Strafgesetzes über Gefällsübertretungen wegen Schleichhandel oder einer schweren Gefällsübertretung in Un-







mächtigen, daß es berechtigt seyn soll, sie in allen auf die Pachtung Bezug habenden, wie immer genannten Beziehungen gegen die Behörden zu vertreten, sonach ämtliche Zustellungen in ihren Namen anzunehmen, rechts ältig aufzukünden und die allfällige Aufkündigung anzunehmen, und überhaupt Alles rechtsbindend für Alle zu thun und zu lassen, was in Folge des Pachtungsverhältnisses gegen die Gefällsbehörden von seiner Seite gethan oder gelassen, oder von Seite der Behörden von ihm verlangt, oder ihm untersagt werden sollte. — Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert ausstellen, so haben sie in dem Offerte beizusetzen, daß sie sich als Mitschuldner zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle, und Alle für Einen, dem Gefällsarar zur Erfüllung der Pachtbedingung verbinden. Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen auch allein die Uebergabe des Pachtobjectes geschehen kann. — Die übrigen Bedingungen sind folgende: A. Hinsichtlich des Bezuges der Verzehrungssteuer und der Gemeindeguschläge in der k. k. Prov. Hauptstadt Laibach. 1. Hiefür wird der Betrag jährlicher 115,012 fl., sage! Einmal hundert fünfzehn tausend zwölf Gulden M. M., von welchem 48000 fl. M. M. auf den Gemeindeguschlag entfallen, als Ausrußpreis festgesetzt. — 2. Dem Pächter wird von der Staatsverwaltung das Recht eingeräumt und rückfichtlich die Pflicht auferlegt, während der Pachtdauer im Bereiche des Pomeriums der Provinzial-Hauptstadt Laibach von den gepachteten Objecten die allgemeine Verzehrungssteuer nebst allen zur Bedeckung der Gemeindefürnisse dieser Stadt bewilligten Zuschlägen nach dem mit dem illr. Gubernial-Circulars vdo. 27. October 1838, Z. 25,892, bekannt gegebenen Tariffe einzuziehen. — Von dieser Verpachtung wird jedoch ausgenommen der Bezug der landesfürstlichen Verzehrungssteuer und zwar: a) von der Biererzeugung in der Provinzial-Hauptstadt Laibach; b) von der Erzeugung des Branntweins und anderer gebrannter geistiger Flüssigkeiten in der Provinzial-Hauptstadt Laibach, und c) von den unter b) bemerkten steuerpflichtigen Artikeln bei der Einfuhr in der Stadt Laibach. — 3. In Gemäßheit des Verzehrungssteuer-Gesetzes sind Durchzugsladungen von dem Erlage der Verzehrungssteuer frei, wenn sie von einem Bestellten des Einienamtes bis zum Austritte begleitet werden, und ebenso werden Transitladungen ohne Entrichtung der Verzehrungssteuer zugelassen, wenn sie unter der Sperre der Gefällsverwaltung und rückfichtlich der Pachtgesell-

schaft bleiben. — 4. Wird in Folge Anordnung der hohen k. k. allgemeinen Hofkammer vom 19. August 1835, Z. 36308, in Betreff der Einhebung der Verzehrungssteuer von Brotsfrüchten festgesetzt, daß die Gebühren, wie es die mit dem illr. Gubernial-Circulars vom 19. November 1831, Zahl 25540, kund gemachte gesetzliche Bestimmung enthält, bei den Mühlen abzufordern seyn werden. — 5. Wird der Pächter verpflichtet, die im obigen Tariffe vom 27. October 1838, Zahl 25892, vorgezeichnete Zuschlagsgebühr für das in der Provinzial-Hauptstadt Laibach erzeugte, und auf das Land ausgeführte Bier den Parteien zu vergüten. — 6. Vor dem Antritte der Pachtung, und zwar längstens binnen acht Tagen, vom Tage der dem Pächter ämtlich eröffneten Annahme seines Angebotes gerechnet, hat der Pächter den 4. Theil des contrahirten Pachtschillings als Caution im Baren oder in österreichischen Staatsobligationen nach dem zur Zeit des Erlages bestehenden börsenmäßigen Courswerke zu erlegen, oder auf Realitäten gesetzlich sicher zu stellen, folglich die auf die verpfändeten Realitäten intabulirte Sicherheits-Urkunde, mit Nachweisung der geleisteten gesetzlichen Sicherheit einzulegen, daher, wenn die Caution im Baren geleistet wird, der als Badium bereits erlegte Betrag eingerechnet, oder im Falle der Verpachtung der ganzen Caution mittelst einer Realkypothek zurückgestellt werden wird. Sollte dieses nicht erfolgen, so steht es der Cameral-Bezirks-Verwaltung frei, das erhaltene Badium, als dem Staatsfahne verfallen, einzuziehen, und auf Gefahr und Kosten des Contrahenten eine neuerliche Verpachtung oder die tariffmäßige Einhebung einzuleiten, und den hiernach auf dem einen oder dem anderen Wege in Entgegnhaltung zu dem gemachten Offerte sich ergebenden Minderbetrag wider ihn zur vollen Genugthuung des Aeras, und zwar ohne Einrechnung des besondres verfallenen Badiums, geltend zu machen, wogegen ein etwa sich ergebendes günstigeres Resultat der Pachtversteigerung oder der tariffmäßigen Einhebung nur dem Gefälle zum Vortheile gereichen soll. Mit dem Beginne der Pachtungsperiode wird der Pächter in das Pachtgeschäft eingesetzt, und es werden ihm die hierauf Bezug nehmenden Vorschriften übergeben werden. — 7. So wie der Pächter in alle Rechte und Verpflichtungen der hohen Cameral-Gefällen-Verwaltung und der Stadtgemeinde Laibach, mit Ausnahme der im S. 22 des illr. Gubernial-Circulars vom 26. Juni 1829, Z. 1371, ange deuteten zwei Punkte und mit Rücksicht auf den im Anhange des Circulars zu jenem Patente



bemerkten Vorbehalt eintritt, so hat er sich auch genau nach den in jener Circular-Verordnung enthaltenen Vorschriften zu benehmen, und allen sowohl seither ergangenen, als den während der Dauer des Pachtvertrages in Gefällsachen ergehenden Anordnungen Folge zu leisten. — 8. Wenn der Pächter bei der Einhebung der Gebühr einen höhern Betrag, als die Tariffe aussprechen, oder überhaupt einen Betrag ungebührlich einhebt, hat derselbe nicht nur jenen Betrag, welchen er über den Tariffsatz, sondern auch jenen Betrag, welchen er überhaupt von den Parteien ungebührlich eingehoben hat, denselben rückzuvergüten, überdies auch den 20fachen Betrag dessen, was er widerrechtlich eingehoben hat, dem Gefälle als Strafe zu erlegen. Er haftet in diesem Falle, so wie überhaupt für das Benehmen der zur Handhabung seiner Pachtungsrechte bestellten Personen. — 9. Dem Pächter ist unbenommen, seine Pachtung ganz oder theilweise an Unterpächter zu überlassen; allein diese werden von den Gefällsbehörden bloß als Agenten des Hauptpächters angesehen, welcher demungeachtet für alle Punkte des Pachtvertrages in der Haftung und dem Gefälle verantwortlich bleibt. — 10. Für den Ausrufspreis wird von Seite der k. k. Cameral-Gefällen-Verwaltung keine wie immer geartete Haftung, also auch nicht im Falle einer behaupteten Verletzung über die Hälfte, übernommen. Ein während der Dauer der Pachtung eintretender zufälliger Umstand, welcher eine Vermehrung oder Verminderung der Verzehrung zur Folge hat, soll an den Bestimmungen des Pachtvertrages nicht die mindeste Veränderung hervorbringen können. Nur in dem Falle, wenn während der Dauer des Pachtvertrages in den Tariffätzen oder in den sonstigen wesentlichen Bestimmungen der Verzehrungssteuer eine wesentliche Aenderung hervorgeht, bleibt es jedem Theile, insofern ein wechselseitiges Uebereinkommen mit dem Pächter wegen Aufrechthaltung des Vertrages, gegen Zugestehung einer billigen Entschädigung nicht zu Stande kommen sollte, welches sich ausdrücklich vorbehalten wird, frei gestellt, wenigstens drei Monate vor Eintritt der gesetzlichen Aenderung den Pachtcontract aufzukündigen. Diese Vertragsauflösung ist von Seite des Pächters, wenn sie beachtet werden soll, bei der Laibacher-Bezirks-Verwaltung in der festgesetzten Frist einzubringen. — 11. Der Pächter ist verpflichtet, den bedungenen Pachtzins in gleichen monatlichen Raten am letzten Tage eines jeden Monats, und wenn jener Tag ein Sonn- oder Feiertag wäre, am vorausgehenden Werktag an die k. k. Cameral-Bezirkscaffe in Laibach

abzuführen. — 12. Wenn der Pächter mit einer Pachtzinsrate im Rückstande bleibt, so laufen von dem Verfallstage an bis zur Tilgung der rückständigen Pachtzins die 4% Verzugszinsen, welche sich ausdrücklich bedungen werden. Der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung soll übrigens das Recht zustehen, den Ausstand ohne weiteres von dem säumenden Pächter entweder im gerichtlichen Executionswege oder auch im politischen Wege einzubringen, oder aber die weitere Einhebung des Gefälls durch einen im administrativen Wege zu bestellenden Sequester einzuleiten, oder auf Gefahr und Kosten des säumenden Pächters das Pachtobject neuerdings feilzubieten; falls aber die Pachtversteigerung fruchtlos bliebe, die tariffmäßige Einhebung der Gebühr einzuleiten, und sich rücksichtlich der Kosten, so wie der allfälligen Differenz, an der Caution, und im Nothfalle an dem übrigen Vermögen des contractbrüchigen Pächters schadlos zu halten. Ein allenfalls sich ergebendes günstigeres Resultat der Feilbietung oder tariffmäßigen Einhebung soll aber nur dem Gefälle zum Vortheile gereichen. Dieselben Rechte sollen dem Gefälle auch dann zustehen, wenn der Erstehende den Antritt der Pachtung verweigert, oder vor, oder während der Pachtung es sich offenbaren würde, daß dem Pächter ein in dieser Kundmachung bezeichnetes Hinderniß zur Uebernahme oder Fortsetzung der Pachtung entgegenstehe. — 13. Für den Fall, als der Pächter die vertragmäßigen Bedingungen nicht genau erfüllen sollte, steht es den mit der Sorge für die Erfüllung des Vertrages beauftragten Behörden frei, alle jene Maßregeln zu ergreifen, die zur unaufgehaltenen Erfüllung des Vertrages führen, wogegen aber auch dem Pächter der Rechtsweg für alle Ansprüche, die er aus dem Vertrage machen zu können glaubt, offen stehen soll. — 14. In Absicht auf die Vorräthe, welche mit dem Schlusse der Gefällspachtung an Wein-, Weinmost- und Maische, im Bereiche des Pomerio der Stadt Laibach vorhanden seyn werden, wird bestimmt, daß der Pächter die Vergütung der entfallenden Gebühren, und zwar nach den oben bezeichneten Tariffen zu leisten habe. Zu diesem Behufe werden sowohl mit dem Antritte der mit dem 1. November 1814 zu beginnenden Pachtung, als auch am Schlusse derselben gefällsämtliche Revisionen, mit Beziehung des Pächters oder eines von demselben mit legaler Vollmacht versehenen Abgeordneten und einer obrigkeitlichen Person, vorgenommen, und hiebei sämtliche im Bereiche



des Pomeriums der Stadt Laibach vorhandenen Vorräthe an den gedachten Gegenständen mittelst eines eigenen Protocolls erhoben werden, wornach in Betreff der an diesen Gegenständen vorgefundenen Vorräthe, und bezüglich der davon abfallenden Gebühren, in so fern zwischen denselben eine Differenz sich zeigen wird, die Vergütung derselben, und zwar wie bemerkt, nach den oben bezeichneten Tarriffen, entweder von dem austretenden Pächter an das Gefäll, oder von dem Aerar an den Pächter, einzutreten haben wird. — 15. Der Pächter ist verpflichtet, auf jedesmaliges Verlangen der Gefällsbehörden unweigerlich die Einsicht in seine Register, Rechnungen und Vormerkungen zu gestatten, und auch über Auforderung richtige Auszüge aus denselben vorzulegen. — 16. Dem Pächter liegt ob, die Stempelgebühr für das in den Händen der hohen k. k. Cameral-Gefällen-Verwaltung bleibende, mit dem classenmäßigen Stempel zu versehen Exemplar des Pachtcontractes zu bestreiten. — B. In Betreff der Linienweg- und Brückenmauth, und der Wassermauth zu Laibach. 1. Als Fiskalpreis wird der Betrag pr. 17652 fl. 24 kr. M. angenommen, wovon — a) für die Linienwegmauth an der Wienerlinie und für jene an der Kärnthnerlinie der Betrag von 5147 fl. — b) für die Linienweg- und Brückenmauth an der Karlstädter Linie der Betrag von 4346 fl. 30 kr. — c) für die Linienmauth an der St. Peterslinie sammt Kuththal der Betrag von 1438 fl. 50 kr. d) für die Linienweg- und Brückenmauth an der Triesterlinie sammt dem Wehrschranken in der Tirnau der Betrag von 6508 fl. 50 kr. — e) und für die Wassermauth zu Laibach der Betrag von 211 fl. 14 kr., zusammen 17652 fl. 24 kr. entfällt. — 2. Jene allgemeinen Pachtbedingungen, welche aus Anlaß der Verpachtung der übrigen Weg-, Wasser- und Brückenmauthen für die Jahre 1815, 1816 und 1817 in der gedruckten Kundmachung der wohlloblichen k. k. steyrisch-illyrischen Cameral-Gefällen-Verwaltung vom 18. Juni 1814, Zahl 6557, enthalten sind, und jüngst mittelst der Gräzer, Klagenfurter und Laibacher Zeitung zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurden, haben mit folgender Ausnahme auch für die Laibacher Mauthen zu gelten. — 3. Daß dem Pächter im 16. Absatze der vorcitirten Kundmachung zugestandene Recht auf eine Entschädigung hat auf die Wassermauth zu Laibach keine Anwendung zu erleiden, indem das hohe Aerar für die durch Elementar-Ereignisse, oder durch andere Veranlassung unterbrochene Benützung des Rechtes der Wassermauth-

Einhebung dem Pächter eine Vergütung zu leisten sich nicht verbindet, und derselbe in keinem Falle und aus keinem Rechtsritel auf einen Nachlaß oder eine Entschädigung einen Anspruch zu machen hat. — 4. Die Wirthschaftsführen, welche das auf dem außer Laibach liegenden Moraste erzeugte Heu und Schilf durch die Schranken von Laibach nach Hause führen, sind bei allen Linien von Laibach, ohne Unterschied, ob die Besitzer der Morasttheile inner oder außer den Linien Laibachs wohnen, zu Folge Kundmachung des k. k. illyrischen Guberniums dd. 28. October 1822, Zahl 13243, von Entrichtung aller Weg- und Brückenmauthgebühren befreit. — 5. Eben so ist der jeweilige Pächter verpflichtet, die Insassen der Gemeinden Schwiga, Stranßkavaß, Ofrednig, Gabrie, Verouze, Dobrova, Kossarie, Hruschova, Presie, St. Martin, Komarie, Kossare und Kaischaunig, in Gemäßheit des Decretes der bestandenenen k. k. illyrischen Zollgefällen-Administration vom 29. Jänner 1824, Zahl 563, und der illyrisch-küstenländischen Cameral-Gefällen-Verwaltungs-Verordnung dd. 22. Februar 1834, Zahl <sup>1635</sup>/<sub>100</sub>, gegen dem von der Brückenmauth an der Triesterlinie frei zu lassen, daß sich selbe über jedesmaliges Verlangen des Pächters mit legalen Certificaten ihrer Detsobrigkeit darüber ausweisen, daß sie wirklich zu den genannten exempten Detschaften gehören, wobei es übrigens dem Pächter überlassen bleibt, sich zu überzeugen, ob die vorkommenden Insassen nicht etwa auf ihrer Fahrt die sogenannte lange Brücke bei Waitsch passirt haben, um im bejahenden Falle die Parteien zur gesetzlichen Strafe zu ziehen. — 6. Von jenen Parteien, welche bloß die Carlstädter Canalbrücke und nicht auch die Carlstädter Straße befahren, ist bloß die Brückenmauth abzunehmen. — k. k. Cameral-Betriebs-Verwaltung. Laibach am 26. Juli 1844.

3. 1207. (1)

Nr. 2410.

#### K u n d m a c h u n g.

Bei der k. k. Oberpostverwaltung in Brünn ist eine Accessistenstelle mit dem Gehalte von dreihundert fünfzig Gulden, und für den Fall der graduellen Vorrückung eine provisorische Accessistenstelle daselbst mit dem Gehalte von dreihundert Gulden G. M. gegen Erlag der Caution im Betrage der Besoldung zu besetzen. — Die Bewerber um eine dieser beiden Stellen haben die gehörig belegten Gesuche unter Nachweisung der Studien, der Postmanipulations- und Sprachkenntnisse, dann der bisher geleisteten Dienste längstens bis



zum 18. August d. J. im Wege der vorge-  
setzten Behörden bei der k. k. Oberpostver-  
waltung in Brünn einzubringen, und darin  
zu bemerken, ob und mit welchen Beamten  
dieser Oberpostverwaltung sie etwa und in  
welchem Grade verwandt oder verschwägert  
sind. — K. K. illyrische Oberpostverwaltung.  
— Laibach am 29. Juli 1844.

3. 1219. (1)

K u n d m a c h u n g

der zweiten diesjährigen Vertheilung der Eli-  
sabeth Freinin v. Salvay'schen Armenstiftungs-  
Interessen, im Betrage von 870 fl. — Ver-  
mög. Testaments der Elisabeth Freinin v. Sal-  
vay, gebornen Gräfinn v. Duval, ddo. Lai-  
bach 23. Mai 1798, sollen die Interessen der  
von ihr errichteten Armenstiftung von halb zu  
halb Jahr, mit vorzugsweiser Bedachtnahme  
auf die Verwandten der Stifterin und ihres  
Gemahls, unter die wahrhaft bedürftigen und  
gutgesitteten Hausarmen vom Adel, wie allen-  
falls zum Theile unter bloß nobilitirte Perso-  
nen in Laibach, jedesmal an die Hand ver-  
theilt werden. — Diejenigen, welche vermög  
dieses wörtlich hier angegebenen Testaments  
eine Unterstützung aus dieser Armenstiftung  
ansprechen zu können glauben, werden hiemit  
erinnert, ihre an das hohe k. k. illyr. Gu-  
bernium, stylisirten Bittgesuche um einen An-  
theil aus diesem jetzt zu vertheilenden Stif-  
tungs-Interessenbetrage von 870 fl. G. M. bei  
dieser Armeninstituts-Commission  
binnen vier Wochen einzureichen, darin ihre  
Vermögensverhältnisse gehörig darzustellen,  
und den Gesuchen die Adelsbeweise, wenn  
sie solche nicht schon bei früheren Vertheilun-  
gen dieser Stiftungsinteressen beigebracht ha-  
ben, so wie die Verwandtschaftsproben, wenn  
sie als Verwandte eine Unterstützung anspre-  
chen, beizulegen, in jedem Falle aber neue  
Armuths- und Sittlichkeitszeugnisse, welche  
von den betreffenden Herren Pfarrern ausge-  
fertigt, und von dem löblichen Stadtmagi-  
strate bestätigt seyn müssen, beizubringen. —  
Uebrigens wird bemerkt, daß die aus diesen  
Armenstiftungs-Interessen ein- oder mehrmal  
bereits erhaltene Unterstützung kein Recht auf  
abermahlige Erlangung derselben bei künftigen  
Vertheilungen dieser Stiftungs-Interessen be-  
gründet. — Von der Armenstiftungs-Com-  
mission. Laibach den 1. August 1844.

### Vermischte Verlautbarungen.

3. 1157. (1)

G d i c t.

Nr. 1559.

Von dem vereinten Bezirksgerichte Wibel-  
stetten zu Krainburg wird den unbekannt wo

besindlichen Geschw. Stern, Maria, Johann, Anton  
und Franz Florian und den unbekannten Rechts-  
nachfolgern derselben mittels gegenwärtigen Edic-  
tes bekannt gegeben: Es habe Hr. Carl Florian  
gegen dieselben die Klage auf Verjähr. und Ge-  
losenerklärung der auf seinem, am u. tern Plage  
in der l. k. Stadt Krainburg sub Consc. Nr.  
169 alt, 194 neu gelegenen, dem städtischen Grund-  
buche eintrienenden Hause und dazu gehörigen 1/2  
Pflackanttheilen mit dem R. verse und Sagbriele  
ddo. 31. Juli 1766 intabulirten Forderung pr.  
1734 fl. 26 k. D. W. eingebracht, worüber die  
Verhandlungstagsagung auf den 31. October d.  
J., Vormittags um 9 Uhr vor diesem Gerichte  
bestimmt wurde.

Da der Aufenthalt der Geklagten diesem Ge-  
richte unbekannt ist, und weil dieselben vielleicht  
aus den k. k. Erblanden abwesend seyn könnten,  
so hat man zu ihrer Vertheidigung und auf ihre  
Gefahr und Unkosten den Hrn. Augustin Quai-  
ser in Krainburg zum Curator bestellt, mit wel-  
che angebrachte Rechtsache nach der bestehenden  
G. O. ausgeführt und entschieden werden wird.

Dieses wird den Geklagten zu dem Ende  
mittels gegenwärtigen Edictes erinnert, daß sie  
entweder zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder  
dem bestellten Curator ihre Beihilfe an die Hand  
zu geben, oder sich auch einen andern Sachwal-  
ter zu wählen und diesem Gerichte bekannt zu  
machen, überhaupt in dem ordnungsgemäßen  
Weg einzuschreiten wissen werden, widrigenfalls  
sie sich die aus ihrer Verabsäumung entliehenden  
Folgen selbst beizumessen haben werden.

K. K. Bezirksgericht zu Krainburg den 13.  
Juni 1844.

3. 1158. (1)

G d i c t.

Nr. 1964.

Alle jene, welche auf den Nachlaß des am  
19. Februar l. J. ohne Hinterlassung eines Te-  
stamentes verstorbenen 1/2 Hüblers Lorez Pouschin  
von Weikersdorf, aus was immer für einem  
Grunde einen Rechtsanspruch zu machen geden-  
ken, haben sich bei sonstigen Folgen des § 84  
b. G. B. hieranths bei der auf den 13. August  
l. J. Vormittags um 9 Uhr anberaumten Equi-  
tatio Tragfahrt zu melden.

Bezirksgericht Reifnitz den 3. Juli 1844.

3. 1162. (1)

G d i c t.

Nr. 1799.

Von dem k. k. Bezirksgerichte der Staats-  
herzsch. Adelsberg wird bekannt gegeben: Es  
haben alle Jene, welche an die Verlassenschaft  
des am 6. Mai d. J. im Civil-Spital zu Lai-  
bach verstorbenen k. k. Actuars Herrn Andreas  
Mottisch einen Erbanspruch zu machen gedenken,  
diesen Anspruch binnen einem Jahre so ge-  
wis anzumelden, als widrigenfalls das Verlassen-  
schaftsabhandlungsgeschäft zwischen den Geschei-  
nenden der Ordnung nach ausgemacht, und der  
Nachlaß jenen aus den sich Anmeldenden einge-  
antwortet werden würde, denen er nach dem  
Gesetze gebührt.

K. K. Bezirksgericht Adelsberg am 16. Juni  
1844.